



Nr. 292 | 10.05.2022

Polen-Analysen

Polen und der Krieg in der Ukraine

■ ANALYSE	
Die Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine für Polen Piotr Arak, Polnisches Wirtschaftsinstitut, Warschau	2
■ DOKUMENTATION	
Gewinn aus der Krise. Gespräch mit der Wirtschaftswissenschaftlerin und Soziologin Izabela Grabowska	7
■ UMFragen	
Umfragen unter ukrainischen Geflüchteten zu Leben und Arbeiten in Polen	9
Umfragen unter Unternehmen in Polen zur Beschäftigung ukrainischer Geflüchteter	12
Umfragen in der polnischen Bevölkerung zu den Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine	13
■ CHRONIK	
05. April – 09. Mai 2022	14

Die Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine für Polen

Piotr Arak, Polnisches Wirtschaftsinstitut, Warschau

DOI: 10.31205/PA.292.01

Zusammenfassung

Als Nachbarstaat erlebt Polen die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine besonders stark. Der bewaffnete Konflikt betrifft bereits jeden Polen, u. a. wegen der Anwesenheit der Flüchtlinge in unserem Land. Die Aggression Russlands gegenüber der Ukraine, unterstützt von Belarus, hat außerdem Einfluss auf die globale und somit auch die polnische Wirtschaft. Folgen des Krieges zeigten sich bereits im Inflationsindex, der gesellschaftlichen Stimmung, auf dem Arbeitsmarkt sowie auch auf dem Gas- und Ölmarkt.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen auf Polen

Infolge des russischen Krieges in der Ukraine kann das Wirtschaftswachstum in Polen in diesem Jahr mit ca. 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) niedriger ausfallen, insbesondere, wenn der Krieg eine deutliche Schwächung der Aktivitäten in der Eurozone nach sich zieht. Im Dezember 2021 sagte das Polnische Wirtschaftsinstitut (*Polski Instytut Ekonomiczny – PIE*) einen Anstieg des BIP auf 4,3 Prozent voraus. Aktuell ist eine vollständige und präzise Schätzung der ökonomischen und finanziellen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die polnische Wirtschaft nicht möglich. Wegen des noch andauernden Krieges wäre sie mit einem außerordentlich großen Risiko behaftet, hinzu käme außerdem die Unsicherheit hinsichtlich der Folgen der Zero-Covid-Politik Chinas und der scharfen pandemiebedingten Restriktionen, die derzeit immer mehr Industrieregionen der Volksrepublik China betreffen.

Laut Untersuchungen des *PIE* und der Bank für Landeswirtschaft (*Bank Gospodarstwa Krajowego – BGK*) im März 2022 ist der Krieg in der Ukraine für 42 Prozent der befragten Unternehmen eine Gefahr für ihre wirtschaftliche Tätigkeit. Die meisten Sorgen äußern mit 54 Prozent Unternehmen im Bereich Transport, Spedition, Logistik. Auch im Bausektor weisen 42 Prozent der Firmen auf eine große oder sehr große Gefahr für ihre Tätigkeit hin. Die Befürchtungen der polnischen Firmen waren bereits vor dem Beginn der russischen Invasion sichtbar, treten jetzt aber noch deutlicher zutage. Der Krieg in der Ukraine rief bei den Unternehmen außerdem eine große Unsicherheit in Bezug auf die wirtschaftliche Situation hervor – drei Viertel der Firmen sind der Meinung, dass dieser ein deutliches Hemmnis für die Geschäfte ist.

Die sichtbarste Folge des Krieges sind für die polnische Wirtschaft die teurer werdenden Energieträger, was sich als Preisanstieg an den Tankstellen bemerkbar macht. Wenn sich die hohen Rohstoffpreise für längere Zeit halten, wird die Kaufkraft der privaten Haushalte

deutlich leiden, was einen Rückgang des Wirtschaftswachstums in diesem Jahr nach sich ziehen wird.

Auf der anderen Seite steht zu erwarten, dass der Zuzug von Flüchtlingen aus der Ukraine die Konsumausgaben vergrößert. Die Unterhaltskosten für eine Million Menschen in Polen würden sich im Jahr auf über 20 Mrd. Zloty belaufen, d. h. ca. ein Prozent des BIP. Die Ausgaben können allerdings einer Fluktuation unterliegen, denn ein Teil der Flüchtlinge zog weiter nach Westeuropa (u. a. nach Deutschland, Spanien und Italien) und ein Teil kehrte in die Ukraine zurück.

Die unmittelbaren Auswirkungen auf die polnische Wirtschaft infolge der reduzierten Ausfuhren in die Ukraine und nach Russland sollten schätzungsweise gemäßigt sein, denn der Anteil dieser Länder am polnischen Export ist nicht besonders hoch. 2021 betrug er lediglich zwei bis drei Prozent. Größere Störungen können sich aus möglichen Turbulenzen im Import ergeben, denn Polen bleibt stark von den Energierohstoffen aus Russland abhängig.

Günstig für das Wirtschaftswachstum in Polen kann sich die lockerere Fiskalpolitik im Zusammenhang mit dem Krieg auswirken. Die steigenden Ausgaben für die Flüchtlingshilfe und für Rüstung können der Wirtschaft einen positiven Impuls geben, wenn auch nicht so stark, dass der Einfluss der negativen Faktoren auf die wirtschaftliche Aktivität vollkommen ausgeglichen wird.

Gleichzeitig kann der Krieg eine größere Chance sein, schneller einen Kompromiss mit den europäischen Institutionen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit zu erlangen. Die Inkraftsetzung des von der polnischen Regierung vorgelegten Landesaufbauplans (dessen Gelder zurzeit von der EU-Kommission eingefroren sind) wäre nicht nur für die Wirtschaft ein sehr positives Signal, sondern auch für die Finanzmärkte. Der reale Einfluss der im Rahmen des Landesaufbauplans verfügbaren finanziellen Mittel auf die Wirtschaft wird sich aufgrund des notwendigen administrativen Vorlaufes für die Polen zugewiesenen Allokationen erst Ende 2022/Anfang 2023 zeigen.

Die Inflation laut Verbraucherpreisindex (*Consumer Price Index*) wird im Jahresdurchschnitt 2022 schätzungsweise 10,8 Prozent betragen und wird ähnlich wie bei den Prognosen zum Wirtschaftswachstum stark von der geopolitischen Lage und den Rohstoffpreisen abhängen. Weizen, Mais und Raps erreichen derzeit (fast) Rekordpreise. Das ist kein Zufall, da Russland und die Ukraine führende Getreideexporteure sind. Es ist bereits davon auszugehen, dass die Welt in diesem Jahr nicht mit Getreidelieferungen aus der Ukraine rechnen kann, da sie die Ausfuhr von grundlegenden Ackernutzpflanzen verboten hat und der Betrieb des Hafens von Odessa durch die Kriegshandlungen gestört wird.

Die polnische Regierung spricht sich für die Aufrechterhaltung des sogenannten Antiinflationsschildes bis Ende 2022 aus. Es handelt sich hierbei um die Verringerung indirekter Verbrauchssteuern, etwa der Mehrwertsteuer für Benzin und Lebensmittel. Wenn diese Reduzierung Ende Juli 2022 aufgehoben werden würde, wie es ursprünglich vorgesehen war, wäre die Dynamik der Verbraucherpreise in diesem Jahr im Jahresdurchschnitt um ca. zwei Prozentpunkte höher.

Es steht zu erwarten, dass die Erhöhung des Zinssatzes fortgesetzt wird. Die Inflation wird in den nächsten Quartalen nicht zu dem erhobenen Ziel von 2,5 Prozent +/- ein Prozentpunkt zurückkehren. Berücksichtigt man, dass vor uns eine Dynamik beim Preisanstieg im zweistelligen Bereich liegt, ist anzunehmen, dass der Rat für Geldpolitik (*Rada Polityki Pieniężnej*) den Referenzzinssatz der Polnischen Nationalbank (*Narodowy Bank Polski – NBP*) noch auf mindestens 5,5 Prozent anhebt. Weniger wäre möglich, wenn die wirtschaftliche Aktivität deutlich schwächer wird. Aktuell geht man allerdings eher von einer gemäßigten Abschwächung aus.

Höhere Zinssätze sind notwendig, um die etwas ins Wanken geratene polnische Wirtschaft auszubalancieren, die Folgen werden jedoch weniger Konsum, etwas schwächere Investitionen und in der Folge ein langsames Wirtschaftswachstum sein. Das im vierten Quartal 2021 festgestellte Wachstum des BIP von sieben Prozent bzw. von acht Prozent im ersten Quartal 2022 kann man für einige Zeit nicht mehr erwarten, denn die Wirtschaft wird infolge der Geldpolitik und der Probleme bei der Nachfrage abkühlen.

Nach dem Ausbruch des Krieges hat die polnische Währung deutlich an Wert verloren. Da der Zloty bereits davor schwach war, kam es zu neuen Rekorden auf dem polnischen Währungsmarkt: über fünf Zloty für einen Euro und fast ebenso viel für einen Schweizer Franken. Ein US-Dollar für 4,60 Zloty war seit mehr als 21 Jahren der höchste Wert für diese Währung. Berücksichtigt man, dass das polnische Finanzministerium plant, die EU-Finanzmittel auf dem Währungsmarkt umzutauschen, ist die Perspektive einer dauerhaften Schwä-

chung des Zlotykurses jedoch gering; eine deutliche Stärkung der polnischen Währung wird dagegen sicherlich dann möglich, wenn sich die geopolitischen Spannungen verringern.

Der Zuzug von Flüchtlingen, der schwächere Währungskurs und die zunehmende Rentabilität der polnischen Staatsanleihen bedeuten größere Ausgaben der Regierung, die von den laufenden Einnahmen nicht gedeckt sind. In der Folge sind ein wachsendes Defizit im öffentlichen Haushalt und ein Anstieg der Schulden absehbar. Glücklicherweise waren die polnische Verschuldung und das Defizit nach der Krise, welche die Corona-Pandemie hervorrief, auf einem Abwärtskurs. Eine Herausforderung für den öffentlichen Haushalt werden auch die angekündigten deutlichen Ausgabenerhöhungen für die Streitkräfte sein. Schon ab 2023 sollen drei Prozent des BIP dafür bereitgestellt werden.

Das Defizit des öffentlichen Haushaltes betrug in Polen im Jahr 2021 1,9 Prozent des BIP und die Verschuldung in Relation zum BIP 54 Prozent. Die Prognosen der Regierung gehen davon aus, dass das Defizit im Jahr 2022 4,3 Prozent betragen und anschließend eine Reduzierung auf 3,7 Prozent des BIP zu erwarten sein wird sowie eine Reduzierung der Verschuldung auf 51,5 Prozent in Relation zum BIP (2023). Für die Folgejahre wird eine weitere Reduzierung auf 2,5 Prozent des BIP bzw. 49,7 Prozent in Relation zum BIP prognostiziert (2025).

Polen hat mehr als drei Millionen Flüchtlinge aufgenommen

Bis Ende April 2022 haben mehr als drei Millionen Menschen die polnische Grenze überquert. Sie müssen mit Lebensmitteln und Medikamenten versorgt werden und Sozialhilfe erhalten. Es handelt sich hier um eine vollkommen andere Immigration aus der Ukraine als diejenige infolge des Krieges im Donbass seit 2014. Damals kamen vor allem Männer im arbeitsfähigen Alter nach Polen, die zu Hunderttausenden den polnischen Arbeitsmarkt verstärkten und die Leistungskraft unserer Wirtschaft steigerten.

Aktuell kommen Frauen und Kinder zu uns, die kurz- und mittelfristig vor allem Kosten verursachen. Ihnen müssen eine Unterkunft, Lebensmittel, Bildung und medizinische Versorgung gewährleistet werden. Ein Sondergesetz über die Hilfe für Ukrainer setzt die Kosten dafür auf 1,8 bis 3,5 Mrd. Zloty an. Tatsächlich werden die öffentlichen Ausgaben jedoch sicherlich deutlich höher liegen, die zu tragen die moralische Pflicht Polens gegenüber seinen Nachbarn darstellt. Auf mittlere Sicht wird ein Teil der Geflüchteten eine Arbeit aufnehmen und kann über den Verbleib in Polen selbständig entscheiden.

Gleichzeitig verlassen Ukrainer Polen, um in den Streitkräften der Ukraine für ihr Land zu kämpfen. Die

Rede ist von Zehntausenden Personen, wobei die tatsächlichen Daten aufgrund der fluktuierenden Migrationsbewegung zwischen der Ukraine und Polen nicht bekannt sind.

Polen hat eine Menge neuer Konsumenten gewonnen, was mit Sicherheit die Umsätze der Handelsketten erhöht und zumindest auf kürzere Sicht den privaten Konsum und das BIP anschieben sowie die Steuereinnahmen erhöhen wird. Auf längere Sicht wird allerdings der größere Teil der Kosten für den Unterhalt der Geflüchteten vom öffentlichen Haushalt bestritten werden müssen.

Auch für den polnischen Arbeitsmarkt kann sich die Flüchtlingsbewegung als große Herausforderung erweisen. Den Angaben von Arbeitnehmern aus der Ukraine zufolge haben die Wirtschaftsmigranten, die vor dem Krieg nach Polen kamen, meistens Arbeit im Baugewerbe, in der Verarbeitungsindustrie, in Verwaltungstätigkeiten (Immobilien, Buchhaltung) und unterstützenden Geschäftsdienstleistungen sowie im Transport- und Lagersektor gefunden. Mehrheitlich haben sie in Polen Tätigkeiten unterhalb ihrer Qualifikation ausgeübt. Gegenwärtig werden vor allem Frauen nach einer Arbeit suchen. Aus einem ersten Überblick lässt sich schließen, dass unter den Geflüchteten Frauen mit Qualifikationen sind, die in Polen nachgefragt werden, z. B. Krankenschwestern, Lehrerinnen, Näherinnen, Köchinnen, Übersetzerinnen und Verwaltungsangestellte. Es ergeben sich daher relativ breit gefächerte Möglichkeiten, eine Arbeit zu finden, zudem umso mehr als in der verarbeitenden Branche dank Automatisierung und neuer Technologien viele Tätigkeiten auch von Frauen ausgeübt werden können, die vorher nur für Männer vorgesehen waren. Aus Untersuchungen, die das *PIE* durchgeführt hat, ließen sich quantitative Angaben zu potentiellen Arbeitsplätzen machen, die im Jahr 2022 in Polen entstehen und von Geflüchteten besetzt werden können.

Der Anteil der Frauen unter den neuen Arbeitnehmern wurde auf der Grundlage der Feminisierungsindizes in einzelnen Wirtschaftsbereichen geschätzt. Aus den Schätzungen ergibt sich, dass polnische Unternehmen Anfang März 2022 planten, in den kommenden drei Monaten ca. 253.000 Frauen einzustellen. Drei Viertel dieser Stellen sind in der Gastronomie und im Hotelgewerbe, im Bereich Handel und anderen Dienstleistungen angesiedelt, d. h. in Sektoren, die Arbeitnehmer suchen und die eher auf Frauen ausgerichtet sind.

Die Öffnung des Zugangs zum Arbeitsmarkt und die Vereinfachung des Prozedere, ein legales Arbeitsverhältnis in Polen aufzunehmen, sowie die Aktivitäten der Arbeitsämter werden es ermöglichen, den Geflüchteten eine Arbeit anzubieten sowie die Stellenangebote der Arbeitgeber maximal auszuschöpfen. Der Zusammenführung der Geflüchteten und der Bedarfe der Arbeitgeber könnte eine Datenbank dienen, die Unternehmen

der betreffenden Woiwodschaften mit den Angaben zu den Kompetenzen der jeweiligen ukrainischen Arbeitnehmer verknüpft. Dabei wäre die gleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge in Polen von großer Bedeutung, um eine Flüchtlingskrise zu vermeiden und den Ukrainern zu ermöglichen, selbst für ihren Unterhalt zu sorgen. Eine Herausforderung bliebe der Zugang der ukrainischen Kinder zu Bildung und Kindertagesstätten, denn Letzteres war bereits vor dem Zustrom der Geflüchteten in großen Städten problematisch.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass häufig Arbeitnehmer gesucht werden, die sich auf Polnisch zumindest verständigen können; in Einzelfällen kann auch Englisch ausreichen. Hieraus ergibt sich der Bedarf, Kurse für den grundlegenden Erwerb der polnischen Sprache einzurichten, vor allem für Frauen, die die Möglichkeit haben, im Gesundheitssektor, im Schulwesen und anderen Bereichen mit direktem Kundenkontakt zu arbeiten.

Voraussichtlich werden auch branchenbezogene Schulungen notwendig sein, deren Kosten die Arbeitgeber, insbesondere die kleinen Unternehmen, wohl nicht selbstständig tragen können. Hier könnten z. B. Arbeitgeberverbände und öffentliche Institutionen mit speziellen, angepassten Fortbildungsprojekten helfen.

Zwei Drittel der Polen engagieren sich in der Hilfe für Ukrainer

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine rief in Polen eine Welle der Solidarität hervor. Polen und die Ukraine haben eine schwierige gemeinsame Geschichte, in der es an Kriegen und Verbrechen nicht fehlt. Insbesondere schmerzt die Polen die nicht verheilte Wunde des Massakers von Wolhynien, das 1943/44 von der ukrainischen Aufständischenarmee (ukrainisch: *UPA*) an der polnischen Zivilbevölkerung verübt wurde. Heute aber haben die Polen die Geschichte hintangestellt, ihre Häuser geöffnet und helfen den ukrainischen Geflüchteten.

Befragungen aus der Zeit vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine zeigen, dass die Ukrainer für die Polen eine der unbeliebtesten Nationen sind. Das polnische Meinungsforschungsinstitut *CBOS* untersucht seit Jahren das Verhältnis der Polen zu anderen Nationen: Die Sympathie für die Ukrainer war geringer als die für die Mehrheit der europäischen Nationen. Im Vergleich zu den anderen Nachbarn Polens platzierten sie sich zwischen den Russen, denen am wenigsten Sympathie entgegengebracht wird, und den Belarussen. Jedoch hat sich seit den 1990er Jahren das Verhältnis der Polen zu den Ukrainern im Allgemeinen verbessert. Aus Untersuchungen von *CBOS* noch vor dem Krieg ergibt sich, dass 41 Prozent der Befragten ein positives Verhältnis zu Ukrainern haben und 25 Prozent eine negative Ein-

stellung. Sympathie gegenüber den Russen äußerten 29 Prozent und Antipathie 38 Prozent.

Mitte März 2022 führte *CBOS* Befragungen zum Thema Hilfe durch, welche die Polen ihren Nachbarn zuteilwerden ließen. 68 Prozent der Bürger halfen den ukrainischen Flüchtlingen mit Sachleistungen oder finanziell. Die deutliche Mehrheit der Polen, 88 Prozent, gab an, dass sie die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Einmarsch Russlands in der Ukraine aufmerksam verfolgt. Über die Hälfte der Befragten – 57 Prozent – erklärte in der Befragung, russische Produkte zu boykottieren.

Weniger Befragte gaben an, Maßnahmen zu ergreifen, um sich und die eigene Familie vor eventuellen negativen Folgen des Krieges zu schützen. In dieser Gruppe sagten elf Prozent, sie würden Bargeld horten, acht Prozent legten Vorräte an Lebensmitteln und anderen wichtigen Dingen an, vier Prozent sorgten für einen Benzinvorrat. Darüber hinaus plante oder erwog ein Teil der Befragten, an einen sichereren Ort zu wechseln, wobei mehr Personen (acht Prozent) in Betracht zogen, das Land zu verlassen, als innerhalb Polens woanders hinzugehen (vier Prozent).

Auch der polnische Staat reagierte mit Hilfsmaßnahmen. Sieben Mrd. Zloty (1,5 Mrd. Euro) betrug der geschätzte Wert der Militärhilfe Polens für die Ukraine. Im März bot die Polnische Nationalbank der Zentralbank der Ukraine einen Währungsswap [Vertrag, um zwei Währungen zu einem vereinbarten Zeitpunkt in der Zukunft zu einem festgelegten Wechselkurs zu tauschen, Anm. d. Red.] im Wert von 963 Mio. Euro an. Einschließlich des Wertes der humanitären Hilfe beläuft sich die polnische Hilfe für die Ukraine bereits jetzt auf mehr als 2,5 Mrd. Euro. Diese Summe berücksichtigt allerdings nicht die Hilfe für Flüchtlinge, welche die polnische Regierung auf zusätzliche 2,1 Mrd. Euro (zehn Mrd. Zloty) bis Jahresende schätzt – finanzielle Leistungen für Flüchtlinge, Kostenersatz für diejenigen, die Geflüchtete aufnehmen, und zusätzliche Mittel für die Kommunalverwaltungen zwecks Ertüchtigung von Schulen.

Ein wesentlicher Bestandteil dieser Hilfe ist die finanzielle Unterstützung für polnische Familien, die Geflüchteten eine Wohnung oder Unterkunft zur Verfügung stellen. Laut Schätzungen der Regierung, die sich auf Angaben der Kommunalverwaltungen stützen, nutzen diese Hilfe ca. 600.000 Personen. Nimmt man die Höhe der Geldleistungen, die für die Unterkunft und die Verpflegung der ukrainischen Bürger (40 Zloty pro Tag) eingesetzt werden, beläuft sich der Wert dieser Hilfe auf ca. 720 Mio. Zloty.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass die Auszahlung von Familienleistungen nur an den Erhalt einer *PESEL*-Nummer geknüpft ist – eine solche Nummer nutzt der polnische Staatsbürger für den Kontakt mit Behörden – und diese den ukrainischen Staatsbürger

nach Ablauf von zwei Jahren praktisch rechtlich mit den Polen gleichstellt. Die Leistungen für Personen, die Geflüchtete unterstützen, werden aufgrund des weiter andauernden Krieges verlängert (von bisher 60 Tagen auf 120 Tage). Die ärmsten Geflüchteten können Sozialhilfe zu den gleichen Bedingungen wie die Polen bekommen, d. h. nicht nur das allgemeine Kindergeld »500 +« für jedes Kind, sondern auch andere Betreuungsleistungen. Darüber hinaus erhielt jeder Ukrainer ein Begrüßungsgeld in Höhe von 300 Zloty und die ukrainische *Hrywna*, die Probleme beim Währungstausch bereite, kann in den staatlichen Banken *PKO BP* und *Pekao SA* unter der Koordination der *NBP* zu einem festgelegten Kurs (0,14 Zloty pro *Hrywna*; max. 10.000 *Hrywna* pro Person) getauscht werden.

Abgesehen von der privaten Aufnahme Geflüchteter haben die Polen den Kriegsflüchtlingen Transportmöglichkeiten aus der Ukraine angeboten und für die in der Ukraine Verbliebenen gespendet. Tausende Freiwillige organisierten und organisieren Anlaufstellen für Geflüchtete, verteilen Sachspenden, informieren und geben Rechtsauskünfte, bieten psychologische Unterstützung und sprachliche Hilfe an. Knapp zwei Wochen nach Ausbruch des Krieges hatten sich allein in Warschau mehr als 6.000 Freiwillige gemeldet, um den Flüchtlingen aus der Ukraine Hilfe zu leisten. Demnach kann man schätzen, dass es im ganzen Land mindestens mehrere Zehntausend sind. Die Polen übergaben auch Sachspenden, u. a. Medikamente, Kleidung, Lebensmittel, Hygieneartikel und Verbandszeug. Das Ausmaß des Engagements sowie die Verteilung der Sachspenden lassen sich nicht als realer finanzieller Wert beziffern.

Zur Verfügung stehen nur Daten eines Teils der Internetspendensammlungen, denn es werden nicht von allen Organisatoren Auskünfte über die gesammelten Summen veröffentlicht. Die größten Sammlungen, die von bekannten gemeinnützigen Organisationen betrieben wurden, erbrachten mehr als 100 Mio. Zloty (darunter *Fundacja Siepomaga* knapp 50 Mio Zloty, *Polska Akcja Humanitarna* ca. 30 Mio Zloty, *Fundacja Pomagam.pl* knapp 11,5 Mio Zloty). *Caritas Polska* sammelte mehr als 100 Mio. Zloty (neben Sachspenden im geschätzten Wert von 136 Mio. Zloty). Das ist allerdings nur ein Bruchteil der tatsächlich geleisteten Hilfe – da viele Spendensammlungen in Betrieben, Schulen usw. durchgeführt und ihre Ergebnisse nicht veröffentlicht werden, lässt sich weder eine endgültige Auflistung noch ein Schätzwert einer repräsentativen Probe erstellen.

Hinzu kommt die Hilfe von Privatunternehmen, darunter die größten Handelsketten, Banken, Mobilfunkanbieter, Bauunternehmer. Der Wert der Unterstützung vonseiten der größten Firmen oder Branchenverbände überstieg nicht selten eine Mio. Zloty. Auch hier veröffentlichen viele Unternehmen die Daten über ihre

Spenden nicht, was eine auch nur annähernde Schätzung der Spendenwerte erschwert.

Polen auf dem Weg zur Unabhängigkeit von russischer Energie

Als Reaktion auf die russische Militärangriff gegenüber der Ukraine wollen viele westliche Staaten von Energielieferungen aus Russland unabhängig werden, da Russland mit dem Verkaufserlös seine militärische Ausrüstung finanzieren kann. Für Polen enden demnächst die langfristigen Verträge über russische Gas- und Öllieferungen. Im April 2022 hat Russland selbst die Gaslieferungen nach Polen eingestellt und ist damit dem Vertragsende zuvorgekommen. Polen war jedoch darauf vorbereitet. Die Gasspeicher in Polen sind zu 76 Prozent gefüllt, während der EU-Durchschnitt bei 32 Prozent liegt.

Ende 2019 betrug die Erdgasförderung in Polen knapp fünf Mrd. m³, was ca. ein Viertel des heimischen Bedarfs bediente, der im Jahr 2019 bei 20 Mrd. m³ lag.

Der Prozess, dass sich Polen unabhängiger von russischem Gas macht, dauert seit langem. In den Jahren 2015 bis 2019 fiel der Anteil des importierten russischen Gases um ca. 17 Prozentpunkte. Polen führte ca. 17,5 Mio. m³, wovon zehn Mio. m³ aus Russland kamen, das sind 55 Prozent des Gesamtimports.

Trotz der Tatsache, dass über die Hälfte des polnischen Gasimports aus Russland kommt, ist die Ersetzung des russischen Rohstoffes dank der fortschreitenden Diversifizierung der Lieferwege möglich. Für das Jahr 2022 ist der Beginn des Transports von Gas aus dem Norwegischen Kontinentalschelf über die Gaspipeline *Baltic Pipe* geplant, deren Kapazität jährlich zehn Mrd. m³ beträgt, sowie die Inbetriebnahme der Gaspipeline Polen-Litauen (*GIPL*), die Gaslieferungen vom Gasterminal in Klaipeda ermöglicht. Das erlaubt, einen Teil der russischen Gaslieferungen zu ersetzen. Geplant ist außerdem, 2022/23 die Kapazität des LNG-Terminals in Swinemünde (*Świnoujście*) auf 6,2 Mrd. m³ zu erhöhen und ab Anfang 2024 auf ca. 8,3 Mrd. m³ jährlich. Diese Erweiterung ermöglicht größere Liefermengen von LNG beispielsweise aus den USA und Katar nach Polen. Im Jahr 2019 importierte Polen ca. 3,5 Mio. m³ LNG, u. a. aus den USA 950.000 m³ und aus Katar 2,3 Mio. m³.

Über den Autor

Piotr Arak ist Direktor des Polnischen Wirtschaftsinstituts (Polski Instytut Ekonomiczny – PIE), Warschau. Vorher war er u. a. im Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, im Ministerium für Verwaltung und Digitalisierung der Republik Polen und in der Kanzlei des Ministerpräsidenten tätig. Seine Forschungsschwerpunkte sind Wirtschaftspolitik, Digitalisierung und internationale Angelegenheiten.

Was die Einfuhr russischen Erdöls nach Polen betrifft, teilte die polnische Regierung mit, dass zur Jahreswende 2022/23 die befristeten Lieferverträge auslaufen und sie nicht plane, neue abzuschließen. Ebenfalls verzichtet Polen auf russische Kohleimporte.

Wesentlich ist, dass ganz Europa von russischen Energielieferungen loskommt. Der Gasimport aus Russland in die Europäische Union macht ca. 45 Prozent des Gesamtimports aus und bedient 40 Prozent des Bedarfs. Ähnlich wie im Falle des Erdöls stehen die Länder Ostmitteleuropas in einer größeren Abhängigkeit von den Gaslieferungen aus Russland. Nominal sind jedoch die größten Gasimporteure Deutschland, Italien, Ungarn und die Niederlande.

Im März 2022 schlug die Europäische Kommission einen vorläufigen Plan vor, wie die EU bis 2030 von russischen fossilen Energieträgern unabhängig werden kann, und forderte die Beschränkung des Gasimports aus Russland im Jahr 2022 um 65 Prozent. Die Berechnungen des *PIE* ergeben, dass dank der Lieferdiversifizierungen, der Ersetzung von Gas durch erneuerbare Energien, Atomkraft und Kohle sowie infolge der Ausnutzung von Sparpotentialen (u. a. eine zwei Grad geringere Kühleinstellung bei Klimaanlage im Sommer) und entsprechende Maßnahmen auf der Nachfrageseite, um den Verbrauch der Industrie zu drosseln, eine Beschränkung des Gasimports um 91 Prozent EU-weit möglich wäre.

Darüber hinaus erfordert die dauerhafte Diversifizierung von Öllieferungen keine bedeutenden Infrastrukturinvestitionen. Schon heute findet der größte Teil des Imports in die Europäische Union auf dem Seeweg statt. 2021 wurde nicht einmal die Hälfte der Kapazitäten des polnischen *NAFTOPORT* (Danzig/Gdańsk) ausgenutzt. Eine Erhöhung der Erdölförderung in Südamerika würde erlauben, knapp eine Mio. Barrel täglich zu bekommen, d. h. ca. 40 Prozent des aus Russland importierten Öls. Bei günstigen Verhandlungen mit den OPEC-Staaten, u. a. Saudi Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Iran, könnte Europa den Kauf russischen Öls einstellen und Russland damit die Mittel nehmen, Aggressionen gegen seine Nachbarn zu finanzieren.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Gewinn aus der Krise.

Gespräch mit der Wirtschaftswissenschaftlerin und Soziologin Prof. Dr. Izabela Grabowska über das, was das angehende Migrationsland Polen von seiner Regierung braucht

[...]

Die Geflüchteten konzentrieren sich in den großen Städten [in Polen, Anm. d. Übers.], wo es praktisch keine Mietwohnungen mehr gibt. Der Rat der Stiftung für den Mietmarkt hat einen Brief an den Ministerpräsidenten geschrieben, dass das Fehlen einer schnellen Reaktion der Regierung und der Kommunen zu einer Obdachlosenkrise unter den Geflüchteten führen kann.

Weil man die Lage koordinieren muss. Und das kann man auch sofort machen, z. B. indem man Übernachtungsräumlichkeiten wie in der Warschauer Torwar Halle auch in kleineren Orten schafft, insbesondere in den Satellitenstädten der Großstädte. Personen, die dort untergekommen sind, wären eher geneigt, Wohnungen in der näheren Umgebung zu suchen. Es wäre auch gut, Informationen zu sammeln, ob die Migranten vorher in großen oder in kleinen Städten gelebt haben, und sich zu bemühen, sie in ähnliche Orte zu bringen, damit sie sich nicht verloren fühlen.

Und wie sollte das auf längere Sicht aussehen?

Auf längere Sicht wäre das Beste, was die Regierung machen kann, möglichst viele Kompetenzen, Vereinfachungen und Gelder den Kommunen zu übergeben. Und nicht zu stören.

[...]

In den Stadtzentren gibt es schon jetzt viel Leerstand, nicht selten ist der mit Problemen bei den Eigentumsverhältnissen belastet. Aber einen Teil dieser Ressourcen kann man zugänglich machen. Ein gesondertes Thema ist, dass sich in den polnischen Städten bisher eher keine Ghettos gebildet haben, obgleich wir schon vor dem Krieg in der Ukraine über eine Million Migranten aus Osteuropa hatten. Aber noch einmal: Das gehört in den Kompetenzbereich der Kommunalverwaltungen, dass sie Migrations- und Flüchtlingspläne erstellen. Mit der Zeit wird die Binnenrelozierung aufgrund der Zugänglichkeit von Kindergärten, Krippen und Schulen erfolgen. Wenn es in der einen Einrichtung keine Plätze für die Kinder gibt, muss man woanders wohnen. Viele Stadtpräsidenten arbeiten hervorragend zusammen und würden es gemeinsam schaffen, das zu verwalten.

Das bedeutet, es bedarf keiner langfristigen Migrationspolitik, deren Fehlen der Regierung jahrelang vorgehalten wurde und auch jetzt wird?

Längerfristig brauchen wir das Engagement der Zentralregierung bei Konsultationen auf EU-Ebene, um den Grundsatz der Subsidiarität zu unterstützen. Mich besorgt, dass sich die polnische Regierung nur in geringem Maße an andere EU-Länder wegen solidarisch-sozialer Unterstützung wendet. Alle Plattformen, die Unterkünfte und Unterstützung für die Flüchtlinge aus der Ukraine organisieren, sind an der Basis entstanden und auch vom Ausland aus zugänglich. Es ist wirklich ein großer Wert, dass unsere europäischen Partner uns nicht die deutliche Absage der Teilnahme an der Relozierung der Flüchtlinge während der sog. Migrationskrise im Jahr 2015 in Erinnerung rufen wollen und bereit sind, uns jetzt zu helfen. Allerdings muss letztlich eine gemeinsame Haltung zu künftigen Migrationswellen ausgearbeitet werden. Denn in den nächsten Jahren werden an den Toren Europas wieder Migranten aus Afrika stehen, die aufgrund von Klimaveränderungen und den damit einhergehenden bewaffneten Konflikten fliehen.

Hat Sie vielleicht jemand in einen Expertenrat eingeladen, der die Regierung beim Nachdenken darüber unterstützt?

Ich glaube, auch wenn ein solcher Rat entstehen würde, würde er nach einem ähnlichen Prinzip wie der Medizinische Rat beim Ministerpräsidenten während der Corona-Pandemie funktionieren. Die Experten würden das eine sagen, die Minister würden das andere machen. Ich sehe keine Bereitschaft eine auf Wissen basierte öffentliche Politik zu gestalten – aber deren Fehlen schafft eine »Post-Wahrheit«. Heute also ist vor allem Beratung für die Stadtpräsidenten notwendig. Den Woiwoden, die von den aktuellen Problemen an der Basis zu weit entfernt sind, sollten die Kompetenzen entzogen und an ihrer Stelle den städtischen Behörden – mitsamt den Geldern – übertragen werden.

Das würde erlauben, auch Nichtregierungsorganisationen einzubeziehen, die die Probleme der Migranten und Flüchtlinge am besten verstehen.

[...]

Welche Branchen können vom Flüchtlingszustrom profitieren?

Wir wissen, dass ein Teil der Ukrainer, die im Baugewerbe und in der Landwirtschaft gearbeitet haben, in die Ukraine gegangen ist, um zu kämpfen, und dass Frauen mit Kindern gekommen sind, die die entstandenen Vakanzen nicht ersetzen können. Aber berücksichtigen wir auch die Arbeit für andere. Die Polinnen und Polen haben eine unglaubliche karitative Mobilisierung auf die Beine gestellt, aber die Menschen verlieren die Energie. Sie könnten ihre Erfahrungen den Ukrainerinnen vermitteln, die diese Arbeit gern übernehmen. Auf jeden Fall kann auch der Handelssektor profitieren, die Supermärkte und Lebensmitteldiscounter. Es sei daran erinnert, dass sich Migranten durch ein großes Unternehmertum auszeichnen – sie arbeiten mehr und effektiver als im eigenen Land. Z. B. wurde in Großbritannien während des Brexit berechnet, dass die dort angestellten Polen und Polinnen mehrere Prozent zum Bruttoinlandsprodukt beitragen. Bei uns, in der aktuellen Migrationswelle, kann auch der Pflegebereich außerordentlich profitieren, insbesondere die Betreuung von Senioren und chronisch Kranken, ein Bereich, in dem der Mangel an Arbeitskräften schon seit längerer Zeit zu spüren ist.

[...]

Aber damit die Geflüchteten arbeiten können, brauchen sie Betreuung für die Kinder, mit denen sie gekommen sind, und Bildung. Hier hat die Regierung besonders schlechte Vorschriften vorbereitet. Was das kommende Schuljahr anbelangt, gibt es nicht einmal Ankündigungen, wie der Schulunterricht für die ukrainischen Kinder aussehen soll. Wie ist man in anderen Ländern mit ähnlichen Herausforderungen zurechtgekommen?

Die Erfahrungen in anderen Ländern zeigen, dass sich am meisten die gemeinsame Bildung bewährt, d. h. in unserem Falle der Verzicht auf die Einteilung in polnische Klassen und Abteilungen für Ukrainer. Aber die jungen Menschen sollten auch die Möglichkeit des Zugangs zu den ukrainischen staatlichen Prüfungen haben. Die ukrainischen Kommissionen sollten dabei unterstützt werden, sie zu organisieren, damit die Betroffenen im Distanz- oder hybriden Format an ihnen teilnehmen können. Damit wir nicht zu spät erwachen, wie es im Fall von Syrien war, als die Welt eine ganze Generation junger Syrer und Syrerinnen verlor.

Kann das Vorgehen, dass die Bürger der Ukraine fast genauso behandelt werden wie die Polen, auf Migranten und Flüchtlinge aus anderen Ländern ausgeweitet werden, wenn es sich bewährt?

Meiner Meinung nach wird das die aktuelle Regierung nicht tun. Sie betreibt eine inoffizielle, aber sichtbar selektive Politik. Sie hat keine solidarische Politik in der Flüchtlingskrise von 2015 begonnen, sie hat die [außereuropäischen, Anm. d. Red.] Flüchtlinge an der polnisch-belarussischen Grenze aufgehalten. Sollte eine neue Flüchtlingswelle z. B. aus Moldawien oder Ländern des Balkan kommen oder die oppositionelle belarussische Emigration stärker werden, ist die Beibehaltung jenes Vorgehens möglich. Jedoch gegenüber Menschen aus Ländern, in denen die religiösen und kulturellen Unterschiede größer sind, wird sie mit Sicherheit die Selektivität aufrechterhalten.

Sprechen irgendwelche rationalen Argumente dafür?

Das ist ein komplexes Thema. Auf EU-Ebene werden nach Jahren Erfahrungen immer noch richtige Ansätze gesucht. Eine wesentliche Frage, die heute unter die Lupe genommen wird, sind z. B. die Erfahrungen des Postkolonialismus, die ganz Ostmitteleuropa betreffen. Sie sind mit den Teilungen verknüpft, danach mit den Grenzverschiebungen, der Herrschaft der UdSSR. Komplet anders sind die Erfahrungen ehemaliger Imperien, die expansiv entfernte Gebiete kolonisiert haben.

Die Multikulturalität entstand in Großbritannien gerade deshalb, weil das Land eine koloniale Ausdehnung in die ganze Welt hatte. Im Falle der Niederlande fanden diese Prozesse früher statt, aber sie erleichtern bis heute den Zufluss von Immigranten. Die Traditionen und postkolonialen Korridore existieren. Wenn ein Zufluss von Migranten aus dem verknüpften Land auftritt und gut durchdacht ist, kann die Ghettoisierung vermieden werden, aber auch die Situation des *melting pot*, wo wir eine Vielzahl von Vertretern sehr unterschiedlicher Kulturen und Ethnien an einem Ort haben. Nach jahrelangen Untersuchungen und Beobachtungen zeigt sich, dass dies mit Blick auf den Aufbau der gesellschaftlichen Bindungskraft sehr schwierig ist. Letzterem dient vielmehr die begrenzte Unterschiedlichkeit,

die ein Zusammenleben, ohne jemanden zur Assimilation zu zwingen, ermöglicht. Davon rückt man im Übrigen in der EU vollständig ab. Heute wird über das Zusammenleben aus zwei Perspektiven nachgedacht, sowohl aus der der Migranten als auch aus der der lokalen Aufnahmegesellschaft. Wir haben die Chance, das jetzt in Polen umzusetzen. [...]

Im gesellschaftlichen Zusammenhalt sind schon Risse zu sehen. Es treten Klagen und Ängste auf nach dem Motto: »Wir werden jetzt gar keinen Arzttermin mehr bekommen«.

Gesellschaftliche Spannungen und Ermüdung, die zu der Erschöpfung infolge der Corona-Pandemie hinzukommen, werden ganz gewiss auftreten und wachsen. Umso mehr, je weniger die Regierung bereit sein wird, den Kommunen Entscheidungsbefugnis und Geld zu geben und Unterstützung in den EU-Ländern zu suchen. Zumindest derart, dass Migranten grenzübergreifend eine medizinische Versorgung nutzen können, d. h. die Behandlung in anderen Ländern. An Herausforderungen fehlt es auch im Bildungsbereich nicht. Am wenigsten könnten meiner Meinung nach am Arbeitsmarkt auftreten, aber da, wo wir von den Dienstleistungen des Staates abhängig sind, werden sie sich nicht vermeiden lassen. Es ist nicht möglich, von einem Tag auf den anderen die Zahl der Lehrerinnen, Ärzte und Krankenschwestern radikal zu verändern. Ich bin jedoch immer noch der Meinung, dass der Nutzen aus der Situation, in der wir uns befinden, die Kosten und Herausforderungen überwiegen kann. Andere Gesellschaften haben Migranten und Flüchtlingen aus Polen in verschiedenen historischen Zeiten geholfen. Jetzt sind wir an der Reihe.

Das Gespräch führte Joanna Cieśla.

Prof. Dr. Izabela Grabowska ist Soziologin, Wirtschaftswissenschaftlerin und Direktorin des Zentrums zur Erforschung Gesellschaftlicher Veränderungen und Mobilität an der Leon Koźmiński-Akademie. Im Gespräch wurden Untersuchungsergebnisse des internationalen Projekts Horizon 2020 MIMY herangezogen.

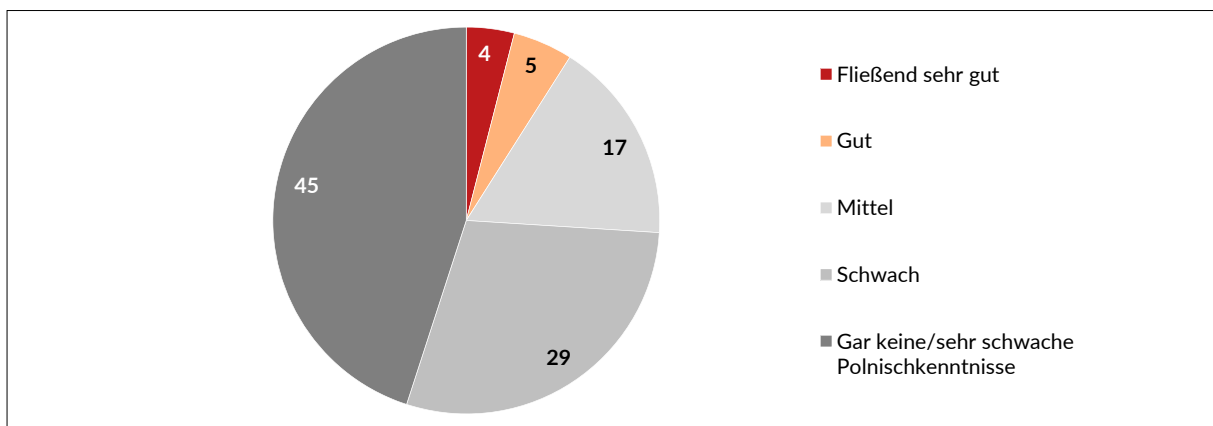
Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Polityka Nr. 16 (13.04.–19.04.2022), mit freundlicher Genehmigung.

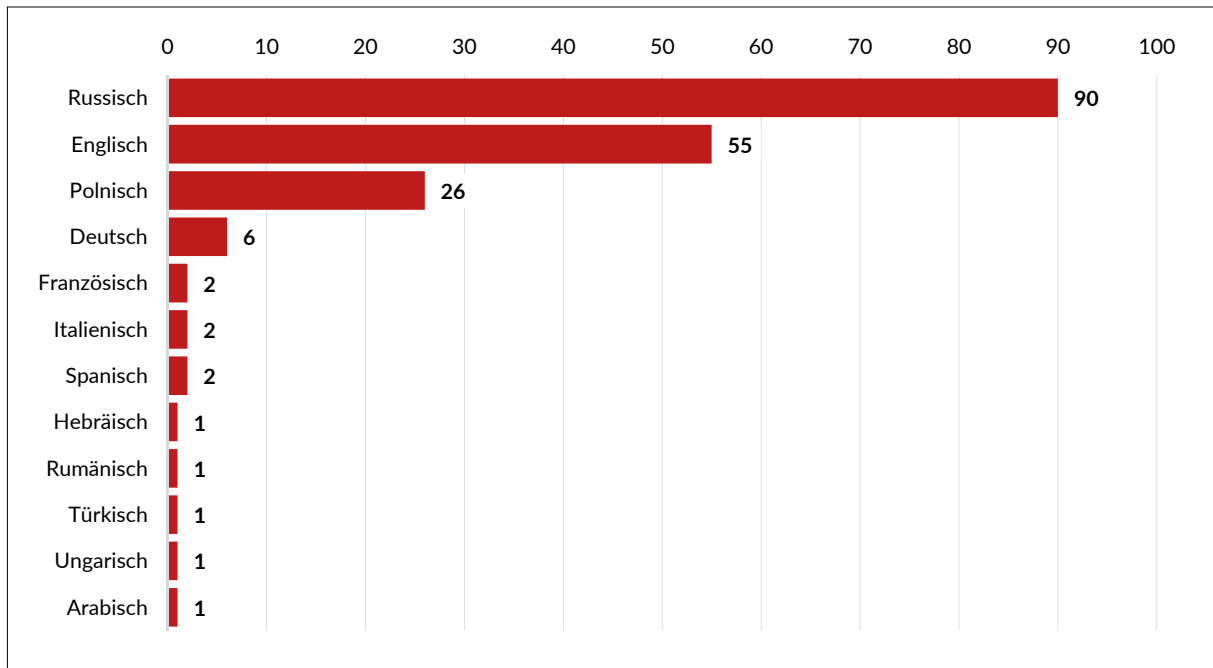
UMFRAGEN

Umfragen unter ukrainischen Geflüchteten zu Leben und Arbeiten in Polen

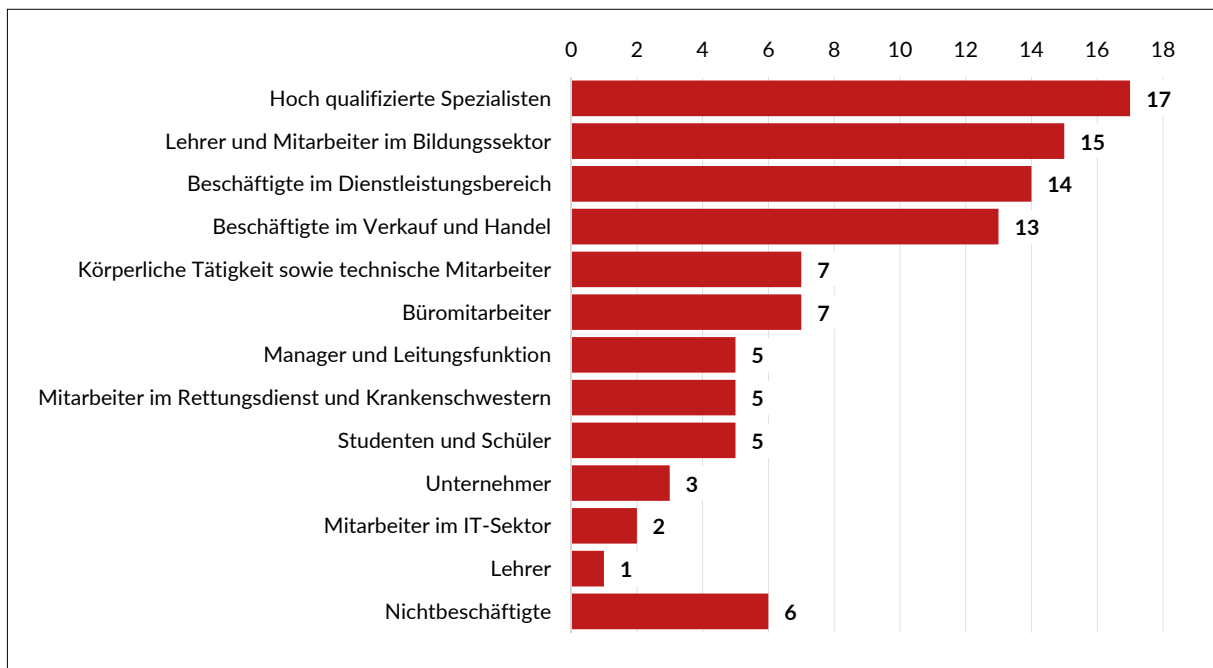
Grafik 1: Wie bewerten Sie Ihre Polnischkenntnisse? (%)



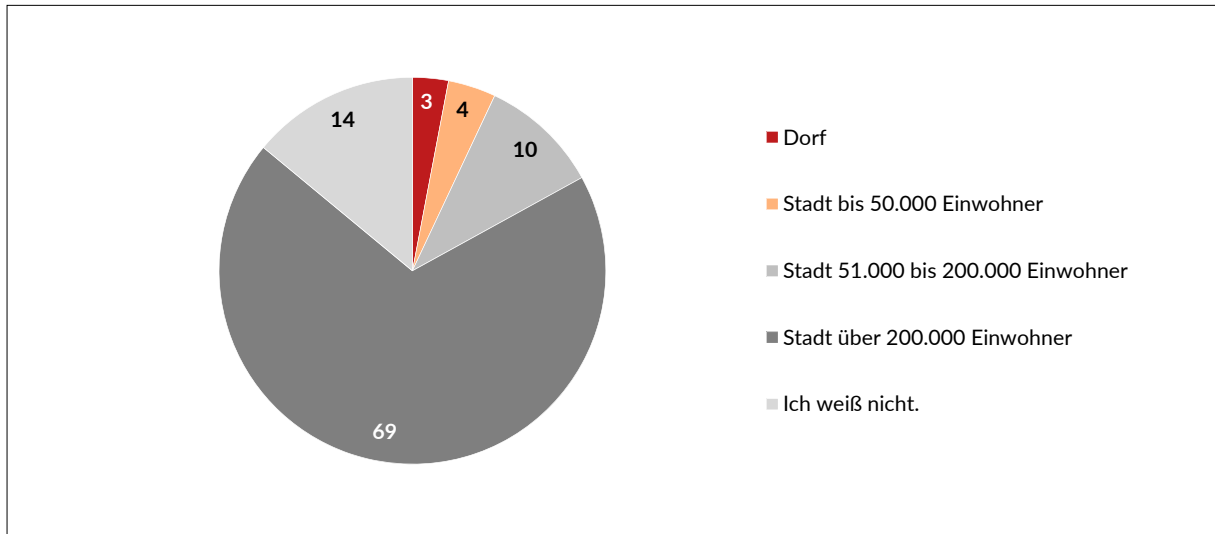
Quelle: Raport Specjalny EWL: Uchodźcy z Ukrainy w Polsce 2022 [Geflüchtete aus der Ukraine in Polen 2022]. <https://ewl.com.pl/raport-specjalny-uchodzcy-z-ukrainy-w-polsce/> (abgerufen am 03.05.2022).

Grafik 2: In welchen Sprachen können Sie sich verständigen (Kommunikationsniveau)? (%)

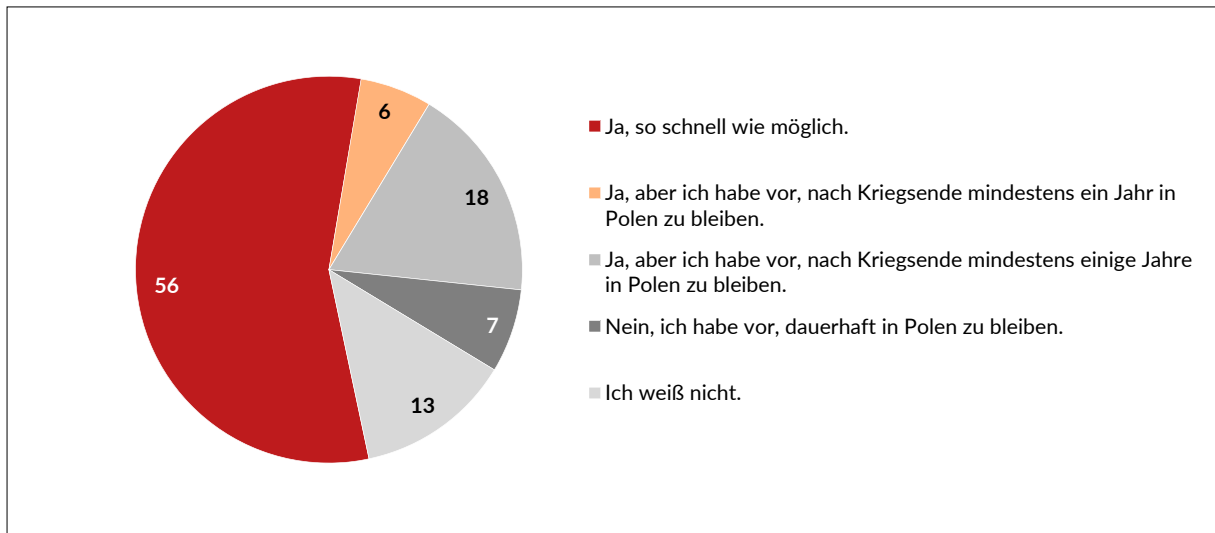
Quelle: Raport Specjalny EWL: Uchodźcy z Ukrainy w Polsce 2022 [Geflüchtete aus der Ukraine in Polen 2022]. <https://ewl.com.pl/raport-specjalny-uchodzcy-z-ukrainy-w-polsce/> (abgerufen am 03.05.2022).

Grafik 3: Welchen Beruf haben Sie in der Ukraine ausgeübt? (%)

Quelle: Raport Specjalny EWL: Uchodźcy z Ukrainy w Polsce 2022 [Geflüchtete aus der Ukraine in Polen 2022]. <https://ewl.com.pl/raport-specjalny-uchodzcy-z-ukrainy-w-polsce/> (abgerufen am 03.05.2022).

Grafik 4: In einem Ort welcher Größenordnung wollen Sie in Polen leben? (%)

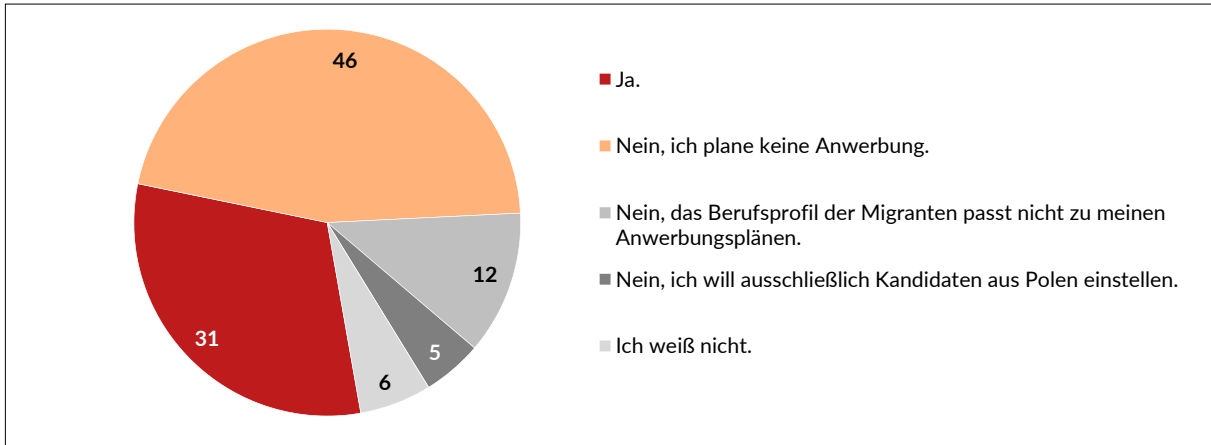
Quelle: Raport Specjalny EWL: Uchodźcy z Ukrainy w Polsce 2022 [Geflüchtete aus der Ukraine in Polen 2022]. <https://ewl.com.pl/raport-specjalny-uchodzczy-z-ukrainy-w-polsce/> (abgerufen am 03.05.2022).

Grafik 5: Wollen Sie nach dem Ende des Krieges in die Ukraine zurückkehren? (%)

Quelle: Raport Specjalny EWL: Uchodźcy z Ukrainy w Polsce 2022 [Geflüchtete aus der Ukraine in Polen 2022]. <https://ewl.com.pl/raport-specjalny-uchodzczy-z-ukrainy-w-polsce/> (abgerufen am 03.05.2022).

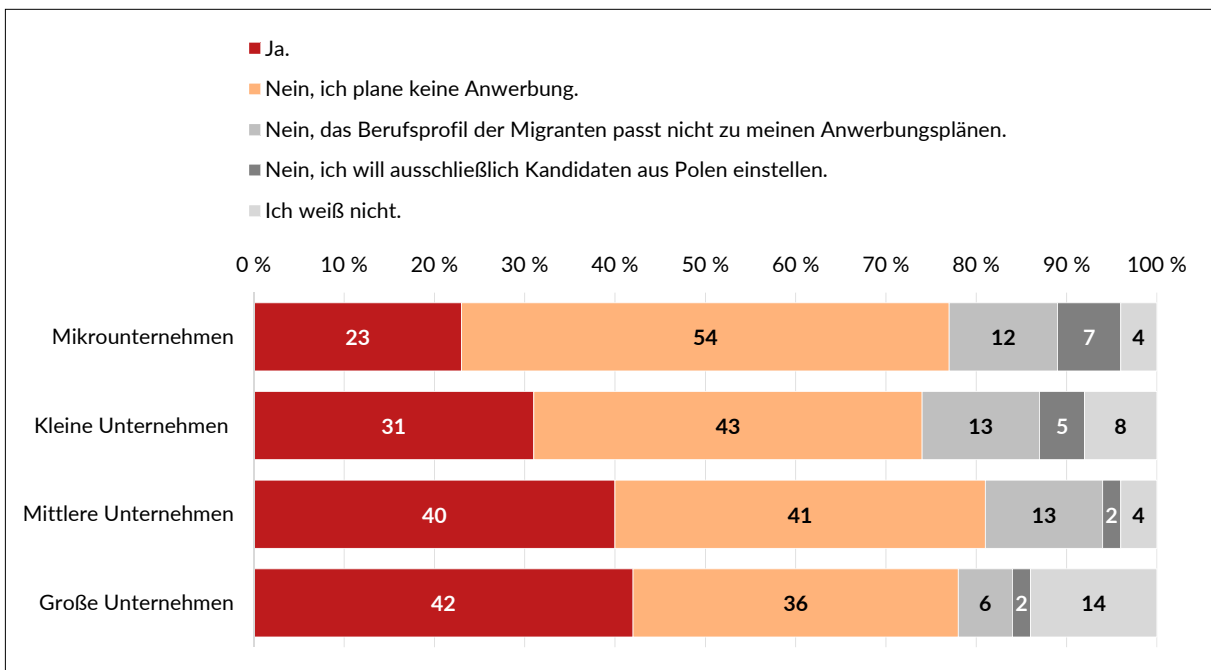
Umfragen unter Unternehmen in Polen zur Beschäftigung ukrainischer Geflüchteter

Grafik 6: Erwägt das Unternehmen, Geflüchtete aus der Ukraine zu beschäftigen? (insgesamt, %)



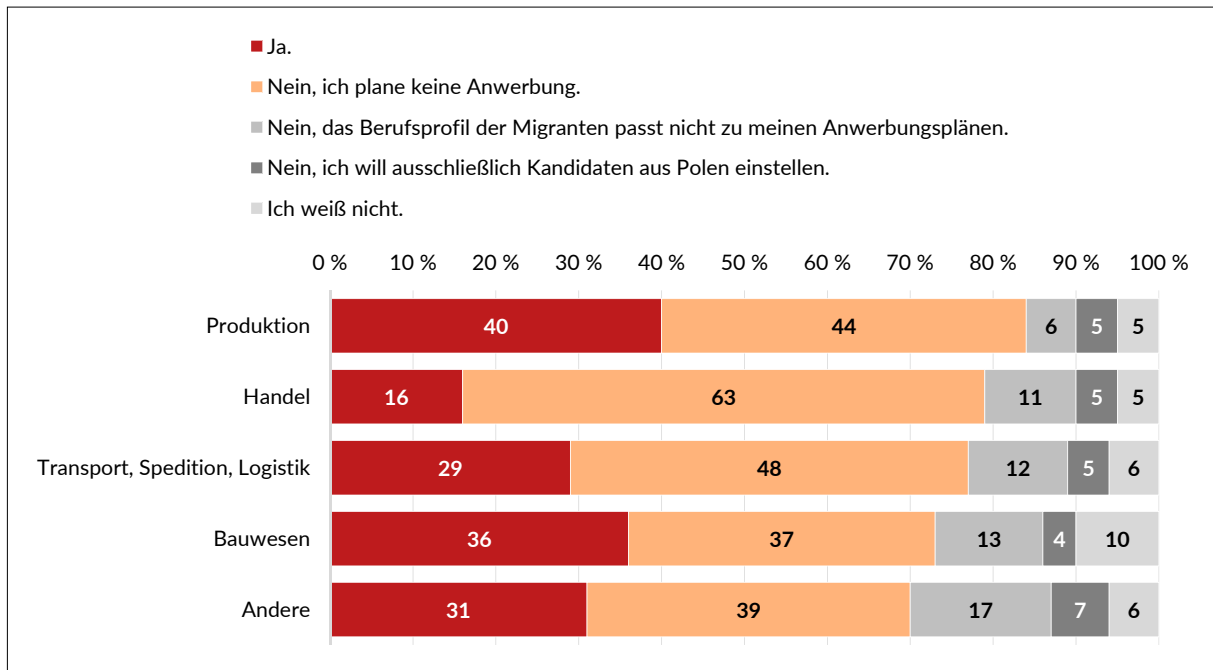
Quelle: Polski Instytut Ekonomiczny/PIE: Co trzeci przedsiębiorca w Polsce chce zatrudnić Ukraińców [Jeder dritte Unternehmer will Ukrainer beschäftigen]. Warszawa 06.04.2022. https://pie.net.pl/wp-content/uploads/2022/04/2022_04_06_Co-trzeci-przedsiębiorca-w-Polsce-chce-zatrudnić-Ukraińców-1.pdf (abgerufen am 03.05.2022).

Grafik 7: Erwägt das Unternehmen, Geflüchtete aus der Ukraine zu beschäftigen? (nach Größe des Unternehmens, %)



Quelle: Polski Instytut Ekonomiczny/PIE: Co trzeci przedsiębiorca w Polsce chce zatrudnić Ukraińców [Jeder dritte Unternehmer will Ukrainer beschäftigen]. Warszawa 06.04.2022. https://pie.net.pl/wp-content/uploads/2022/04/2022_04_06_Co-trzeci-przedsiębiorca-w-Polsce-chce-zatrudnić-Ukraińców-1.pdf (abgerufen am 03.05.2022).

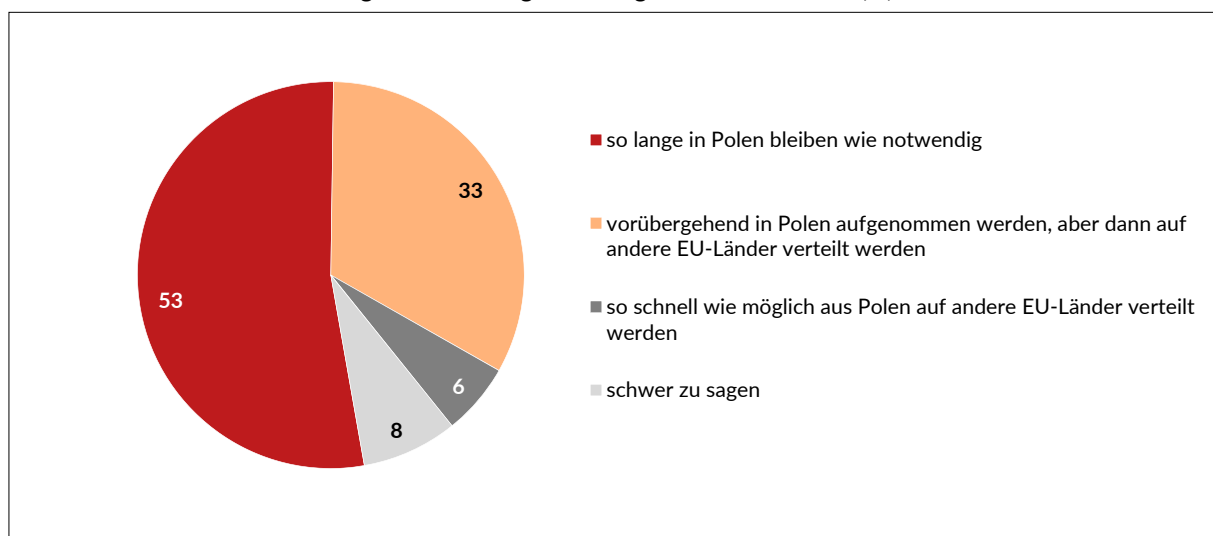
Grafik 8: Erwägt das Unternehmen, Geflüchtete aus der Ukraine zu beschäftigen? (nach Branche, %)



Quelle: Polski Instytut Ekonomiczny/PIE: Co trzeci przedsiębiorca w Polsce chce zatrudniać Ukraińców [Jeder dritte Unternehmer will Ukrainer beschäftigen]. Warszawa 06.04.2022. https://pie.net.pl/wp-content/uploads/2022/04/2022_04_06_Co-trzeci-przedsiębiorca-w-Polsce-chce-zatrudniac-Ukraińcow-1.pdf (abgerufen am 03.05.2022).

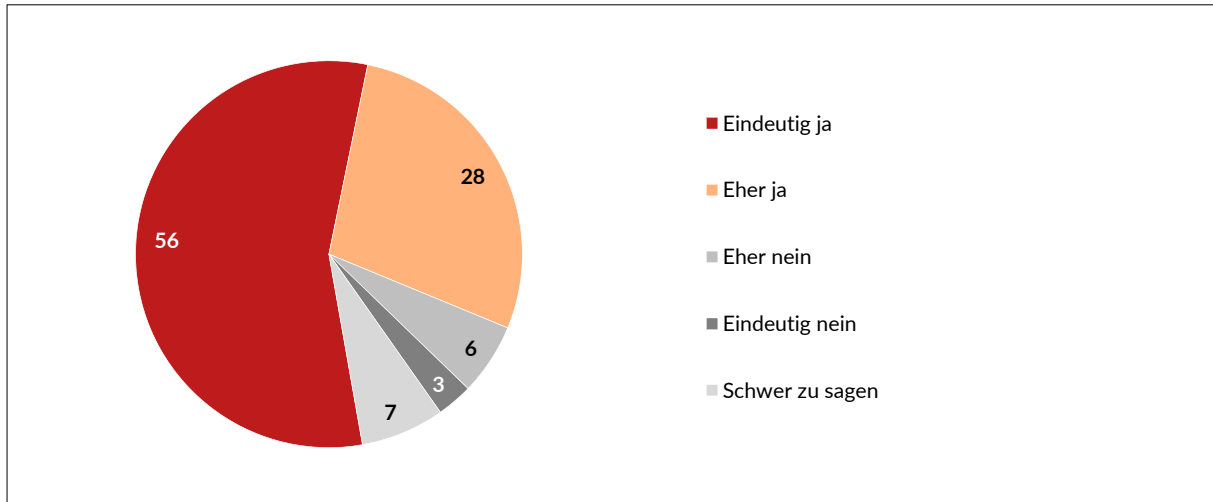
Umfragen in der polnischen Bevölkerung zu den Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine

Grafik 9: Sollten Ihrer Meinung nach die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine... (%)



Quelle: Sondaż: Polacy a wojna [Umfrage: Die Polen und der Krieg]. In: Polityka Nr. 14. (30.03.–05.04.2022). S. 18.

Grafik 10: Die Einführung von Sanktionen gegen Russland verursacht Preiserhöhungen in Polen. Sollte Polen trotzdem solche Sanktionen einführen, um der Ukraine zu helfen? (%)



Quelle: Sondaz: Polacy a wojna [Umfrage: Die Polen und der Krieg]. In: Polityka Nr. 14. (30.03.-05.04.2022). S. 20.

CHRONIK

05. April – 09. Mai 2022

05.04.2022	Der stellvertretende Innenminister und Beauftragte für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, Paweł Szefernaker, teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass die Behörden der Kommunalverwaltungen bisher 400 Mio. Zloty für in Polen eingetroffene Flüchtlinge aus der Ukraine ausgegeben haben. Die Kosten würden zurzeit von der Regierung erstattet. Alle Aufgaben, die sich für die Kommunen aus der Aufnahme der Kriegsflüchtlinge ergeben, würden aus dem öffentlichen Haushalt finanziert werden. Außerdem kündigt er Zahlungen an Privatpersonen, die Flüchtlinge bei sich aufnehmen, an.
06.04.2022	Der parlamentarische Ausschuss für Justiz und Menschenrechte beginnt seine Arbeit an zwei Gesetzesentwürfen zur Reform des Obersten Gerichts (Sąd Najwyższy – SN), die von Staatspräsident Andrzej Duda bzw. der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) vorbereitet wurden. Das Projekt von Duda soll als Grundlage für die weitere gesetzgeberische Arbeit dienen. Der Vorschlag von Solidarisches Polen, der Partei von Justizminister und Generalstaatsanwalt Zbigniew Ziobro, wurde bisher nicht in den Arbeitsprozess einbezogen. Der Entwurf von Duda sieht die Auflösung der Disziplinarkammer beim SN vor, was der Europäische Gerichtshof (EuGH) von Polen verlangt. Laut Entwurf soll eine Kammer für Berufliche Verantwortung eingerichtet werden. Hintergrund ist, dass im Zusammenhang mit der noch nicht aufgelösten Disziplinarkammer und dem von der EU beschlossenen Rechtsstaatmechanismus Zahlungen an Polen aus dem Wiederaufbaufonds der EU zur Behebung der Folgen der Corona-Pandemie zurückgestellt worden sind.
07.04.2022	Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) legt dem Sejm einen Gesetzesentwurf für eine Verfassungsänderung vor, um Verteidigungsausgaben zu finanzieren. Zu diesem Zweck soll die in der Verfassung festgelegte Schuldengrenze für den öffentlichen Haushalt – 60 % des Bruttoinlandsproduktes – ausgesetzt werden. In seiner Rede vor dem Sejm betont Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, dass die Verfassungsänderung nur für den Bereich der Verteidigungsausgaben gelten soll. Bestandteil des Gesetzesentwurfs ist außerdem, dass der polnische Staat im Falle eines bewaffneten Überfalls oder einer anderen Gefahr für die innere Sicherheit vonseiten eines anderen Staates das Eigentum von physischen Personen, die nicht polnische Staatsbürger sind, oder juristischen Personen konfiszieren kann, wenn anzunehmen ist, dass das Eigentum zur Finanzierung des Angriffs auf Polen eingesetzt wird oder werden kann. Morawiecki unterstreicht, dass es sich hier nicht um das Einfrieren von Finanzmitteln, sondern um Beschlagnahmung gehe. Mit Blick auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine sagt er, die sei die wirksamste Methode, um Putins Kriegsmaschinerie aufzuhalten.

08.04.2022	In einer Erklärung verurteilt das Außenministerium entschieden die Einstellung des polnischsprachigen Unterrichts in zwei Schulen in Grodno und Waukawysk (Belarus). Dies sei ein weiterer Angriff auf die polnische Minderheit in Belarus und verstoße gegen den Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, den Polen und Belarus 1992 geschlossen haben.
09.04.2022	In Warschau findet auf Initiative von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Justin Trudeau, Ministerpräsident von Kanada, die Geberkonferenz »Stand Up For Ukraine« statt. Organisiert wird sie von der Nichtregierungsorganisation Global Citizen. Die Europäische Kommission fügt den gesammelten 9,1 Mrd. Euro für Geflüchtete aus der Ukraine ihrerseits 600 Mio. Euro für die Ukraine und die Vereinten Nationen hinzu sowie 400 Mio. Euro für Staaten, die die Flüchtlinge aufnehmen, hinzu, gibt von der Leyen bekannt. Präsident Andrzej Duda stellt in Aussicht, dass die Ukraine schon bald einen ökonomischen Schub ähnlich dem Marshall-Plan für Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg erfahren werde.
11.04.2022	Die Europäische Kommission zieht Polen sowie neun weitere EU-Mitgliedstaaten vor den Europäischen Gerichtshof (EuGH). Der Vorwurf lautet, dass sie Vorschriften des »Europäischen Kodex für die Elektronische Telekommunikation« nicht in nationales Recht umgesetzt hätten.
12.04.2022	Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier thematisiert in Warschau mit seinem Amtskollegen Andrzej Duda den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Anschließend trifft sich Steinmeier mit Ehrenamtlichen, die sich in der Flüchtlingshilfe für die Ukraine engagieren. Von der ursprünglich geplanten Weiterreise mit Duda und den Präsidenten Estlands, Lettlands und Litauens nach Kiew (Ukraine) sieht Steinmeier ab, da dies »offenbar in Kiew nicht gewünscht« sei. Hintergrund ist die Kritik Kiews an Steinmeiers russlandfreundlicher Politik vor Beginn des russischen Angriffskrieges.
13.04.2022	Paweł Szefernaker, Vizeinnenminister und Regierungsbeauftragter für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, gibt bekannt, dass bereits 846.000 Personenidentifikationsnummern (poln. PESEL) an Geflüchtete vergeben wurden (425.000 an Erwachsene, 136.000 an 12- bis 18-Jährige und 284.000 an Kinder bis zum zwölften Lebensjahr). Damit können sie u. a. Sozialleistungen beantragen. Knapp 60.000 Flüchtlinge hätten aufgrund eines Sondergesetzes eine Arbeit in Polen aufgenommen.
16.04.2022	Der Sender TVN24 teilt mit, dass ihm von der Vertretung der Europäischen Kommission in Polen bestätigt wurde, dass Polen aus dem EU-Fonds REACT-EU einen Vorschuss in Höhe von 559 Mio. Euro für die Flüchtlingshilfe im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine erhält. Der Betrag für Polen ist der höchste vor Rumänien, Ungarn, Tschechien, der Slowakei und Bulgarien. Das Geld ist für die Staaten bestimmt, deren Anzahl aufgenommener Flüchtlinge mehr als ein Prozent ihrer Gesamtbevölkerung übersteigt.
19.04.2022	Zum Gedenken an den 79. Jahrestag des Beginns des Warschauer Ghettoaufstandes gegen die deutschen Besatzer findet am Denkmal der Helden des Ghettos in Warschau die zentrale Gedenkfeier mit Kranzniederlegung statt. Anwesend sind Vertreter des Präsidenten, der Regierung, der Parlamentskammern, der Stadt Warschau, jüdischer Organisationen, von Kombattantenverbänden sowie Diplomaten. Der Oberrabbiner von Polen, Michael Schudrich, spricht das Totengebet.
20.04.2022	Senatsmarschall Tomasz Grodzki (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO) und sein tschechischer Amtskollege, Miloš Vystrčil, unterzeichnen in Prag (Tschechische Republik) einen Appell an die Parlamentspräsidenten europäischer und außereuropäischer Abgeordnetenkammern. Sie rufen dazu auf, auf die Regierungen einzuwirken, dass die Unterstützung, insbesondere militärische, für die Ukraine im von Russland initiierten Angriffskrieg intensiviert wird. Die Idee für diesen Brief sei bei dem Besuch einer polnischen und einer tschechischen Senatsdelegation in Kiew, Borodjanka, Butscha und Irpin (Ukraine) in der vergangenen Woche entstanden. Dort war es zu schweren militärischen Angriffen gekommen; Russland werden außerdem Kriegsverbrechen vorgeworfen.
21.04.2022	Szymon Hołownia, Parteichef von Polen 2050 (Polska 2050), lehnt den Vorschlag von Donald Tusk, Parteivorsitzender der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), ab, dass alle regierungskritischen Parteien ein Bündnis für die nächsten Parlamentswahlen eingehen sollen, mit dem Ziel, das Regierungslager der Vereinigten Rechten (Zjednoczona Prawica) abzulösen. Bei einem solchen Vorgehen riskiere man die Demobilisierung der Wählerschaft, so Hołownia. Auch habe die Vereinigung der Oppositionsparteien in Ungarn nicht zu einem Sieg bei den Parlamentswahlen dort im April geführt.
23.04.2022	Ab heute können Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine ein Kinderbetreuungsgeld ab dem zweiten Kind für Kinder im Alter von zwölf bis 35 Monaten beantragen. Pro Monat werden für ein Jahr 1.000 Zloty bzw. 500 Zloty für zwei Jahre ausgezahlt. Voraussetzung sind Personenidentifikationsnummern (poln. PESEL) für Eltern und Kinder, ein polnisches Bankkonto und eine polnische Telefonnummer. Der Antrag mit Formular in ukrainischer Sprache kann ausschließlich digital gestellt werden.

26.04.2022	Präsident Andrzej Duda beruft Magdalena Rzeczkowska in das Amt der Finanzministerin, das seit Februar von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki mitausgeübt wurde. Rzeczkowska war vorher Staatssekretärin im Finanzministerium und Chefin der Landesfinanzverwaltung.
26.04.2022	Nach Angaben der Kanzlei des Ministerpräsidenten hat die polnische Regierung eine Informationskampagne über den russischen Angriffskrieg in der Ukraine in Westeuropa begonnen. Dazu nutzt sie die sozialen Medien sowie Werbetafeln u. a. in Berlin, Paris und Rom. Die Kampagne diene der Aufklärung über Falschmeldungen und habe zum Ziel, Westeuropa die Grausamkeit des Krieges im Bewusstsein zu halten, unterstreicht Ministerpräsident Mateusz Morawiecki.
27.04.2022	Der russische Energiekonzern Gazprom stellt seine Gaslieferungen nach Polen ein. Hintergrund sind die Sanktionen, die Polen im Rahmen der Europäischen Union gegen Russland infolge der russischen Invasion in der Ukraine verhängt hat. Gazprom steht auf der Liste russischer Unternehmen und Oligarchen, deren Vermögenswerte nach einem neuen polnischen Sanktionsgesetz eingefroren werden können. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki spricht von einem möglichen Erpressungsversuch Russlands.
27.04.2022	In Kattowitz (Katowice) endet der dreitägige XIV. Europäische Wirtschaftskongress. Thematisiert wird u. a. der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und ein »Marshallplan« für deren Wiederaufbau. Nach inoffiziellen Informationen der Tageszeitung Dziennik Gazeta Prawna soll Polen dabei eine Schlüsselrolle spielen, insbesondere die Ministerien für Regionalpolitik sowie für Entwicklung und Technologien. Im Gespräch sei auch, in Warschau eine EU-Institution für den Wiederaufbau der Ukraine anzusiedeln.
28.04.2022	In Warschau findet das XV. Internationale Forum »Polnisch-ukrainische Business-Tage« statt. Eines der Themen ist der Wiederaufbau der ukrainischen Wirtschaft nach Beendigung des russischen Angriffskriegs. Dem Vernehmen nach soll Polen dabei eine Schlüsselrolle zukommen.
29.04.2022	Nach aktuellen Angaben des Statistischen Hauptamts (Główny Urząd Statystyczny – GUS) stiegen die Preise für Waren und Dienstleistungen gemessen am Vormonat um 2 %.
01.05.2022	Das Ministerium für Klima und Umwelt teilt mit, dass heute die polnisch-litauische Gaspipeline GIPL mit einer Länge von 508 km in Betrieb genommen wird.
02.05.2022	Präsident Andrzej Duda empfängt in Warschau Nancy Pelosi, Sprecherin des US-Repräsentantenhauses. Anschließend spricht sie mit Sejm marschallin Elżbieta Witek. Pelosi dankt Polen und betont die Verbundenheit der USA und Polens bei der Unterstützung der Ukraine im russischen Angriffskrieg. Pelosi reiste aus Kiew (Ukraine) an, wo sie von Präsident Wolodymyr Selenskij empfangen worden war.
03.05.2022	In der von der Organisation Reporter ohne Grenzen jährlich veröffentlichten »Rangliste der Pressefreiheit« liegt Polen aktuell auf Platz 66 von 180 klassifizierten Staaten. Es herrschen »erkennbare Probleme«, so die Beschreibung der Lage. Letztes Jahr wurde Polen auf Platz 64 eingeordnet.
05.05.2022	In Warschau findet auf Initiative von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und seiner schwedischen Amtskollegin, Magdalena Andersson, eine internationale Geberkonferenz für die humanitäre Unterstützung der Ukraine statt, gegen die Russland seit Februar Krieg führt. Unterstützt wird die Konferenz von Charles Michel, Präsident des Europäischen Rates, und EU-Kommissionpräsidentin Ursula von der Leyen. Insgesamt werden 6,5 Mrd. US-Dollar zugesagt.
06.05.2022	Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak teilt mit, dass die polnischen Streitkräfte in diesem Jahr mit einigen Hundert Kampfdrohnen des Typs Warmate, Gladius und FlyEye ausgestattet werden. Die Verträge seien im Februar und Mai unterzeichnet worden.
07.05.2022	Vizeaußenminister Marcin Przydacz teilt mit, dass das polnische Außenministerium der Botschaft der Russischen Föderation keine Unterstützung für eine Gedenkfeier in Warschau zum Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs, den Russland am 9. Mai begeht, gewähren wird. Am Vortag war auf der Webseite der Botschaft eine Ankündigung zu einer solchen Veranstaltung erschienen. Sie wurde nach Protesten in den sozialen Netzwerken im Zusammenhang mit dem derzeitigen russischen Angriffskrieg auf die Ukraine wieder entfernt.
09.05.2022	Der Botschafter der Russischen Föderation in Warschau, Sergej Andrejew, wird von Protestierenden mit roter Farbe übergossen. Die Tat findet vor dem sowjetischen Soldatenfriedhof an der Żwirki i Wigury-Straße in Warschau direkt vor der Kranzniederlegung aus Anlass des russischen Nationalfeiertags »Tag des Sieges« über Nazi-Deutschland vor 77 Jahren statt. Die Kranzniederlegung fand daraufhin nicht statt. Der Protest richtet sich gegen den seit Februar dauernden russischen Angriffskrieg auf die Ukraine.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2022 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



caucasus
analytical
digest



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



russian
analytical
digest



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>